

Asylbewerberaufstand in der Zentralen Anlaufstelle

Bei einer massiven körperlichen Auseinandersetzung in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAsT) in Halberstadt (Landkreis Harz) sind sechs Mitarbeiter eines Sicherheitsunternehmens und ein Bewohner (33) aus Mali verletzt worden.

Ein Bewohner soll sich beim Betreten eines Wohnblocks einer Ausweiskontrolle widersetzt, teilte die Polizei in Halberstadt nach den Ausschreitungen mit. Es sei zur Auseinandersetzung mit einem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes gekommen. Im weiteren Verlauf haben sich dann mehrere Bewohner mit der Person solidarisiert. Daraufhin seien weitere Sicherheitsdienst-Mitarbeiter hinzugerufen worden, die dann ebenfalls von den Bewohnern attackiert wurden. Die Polizei griff ein und konnte erst dann die Lage in der Zentralen Anlaufstelle wieder befrieden, hieß es weiter. Bereits in der Vergangenheit ist es in dem Objekt immer wieder zu Vorfällen und Polizeieinsätzen gekommen.



Rund 3 Wochen nach der Brandstiftung im Aufnahmecentrum Moria haben die Behörden Hunderte Personen von der Insel Lesbos auf das griechische Festland verlegt. Wie das Migrationsministerium in Athen und die Internationale Organisation für Migration (IOM) mitteilten, sollten bereits 704 Menschen die Insel verlassen haben. Im Vorfeld wurde wieder darüber diskutiert, ob Deutschland eine Vorreiterrolle in der Aufnahme von Asylbewerbern aus dem Lager spielen soll, da von Bewohnern selber in Brand gesetzt wurde. Wir Republikaner lehnen eine Aufnahme ab, denn wenn dieser Asylweg sich bewähren sollte, dann dürften künftig noch mehr Unterkünfte von Migranten angezündet werden, um so direkt nach Deutschland einreisen zu dürfen.

Rassismusuntersuchung bei der Hamburger Polizei

Hamburgs Akademie der Polizei will im kommenden Jahr mögliche Vorurteile von Polizistinnen und Polizisten erforschen lassen. Unter anderem soll es darum gehen, ob der tägliche Einsatz an Brennpunkten bestimmte Einstellungen verstärkt. Bei der Studie wollen Universitäten und Forschungseinrichtungen aus Hamburg, Niedersachsen und NRW zusammenarbeiten. Hamburger Polizeigewerkschaften sind nicht dabei und reagierten mit Unverständnis. "In der Studie soll es um mehr Transparenz und Offenheit in den Reihen der Polizei gehen, aber die Polizeigewerkschaften werden ausgeschlossen", kritisierte Joachim Lenders, der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft. Kritische Stimmen seien offensichtlich nicht erwünscht. Das passt aber zu der linkslastig regierten Stadt. Die beruflichen Erfahrungen von Polizisten mit Migranten werden verkannt und als möglicher Rassismus ausgelegt, anstatt die erlebte Ausländerkriminalität endlich zu thematisieren.

Kinderehen in Deutschland

813 Kinderehen wurden gemeldet - aber nur elf von den Behörden aufgehoben. Die Rede ist von Deutschland und keinem fernen islamischem Land. Arrangierte Kinderehen sind beileibe kein Einzelfall - auch nicht bei uns. Eigentlich gibt es seit 2017 ein Gesetz, das junge Mädchen und Frauen gerade davor schützen soll, gegen ihren Willen in arrangierte Ehen gezwungen zu werden. Das „Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen“ legt das Mindestalter zur Heirat ohne Ausnahme auf 18 Jahre fest. Außerdem sieht es vor, dass Ehen, die zum Beispiel im Ausland geschlossen wurden, von einem Richter aufgehoben werden, wenn die minderjährigen Partner bei der Hochzeit 16 oder 17 Jahre alt waren.

Eheschließungen unter 16 Jahren sind sogar generell unwirksam. Diese Regelungen sind in der Praxis noch gar nicht angekommen. Viele Behörden wissen überhaupt nicht, wie das Gesetz umzusetzen ist. In Wirklichkeit dürfte es noch deutlich mehr Fälle geben.

Auch das Bundesjustizministerium muss in seiner jüngsten Evaluierung des Gesetzes vom August eingestehen: "Seit Inkrafttreten des Gesetzes [...] gab es ausweislich der Rückmeldungen der Landesjustizverwaltungen insgesamt lediglich ca. 104 Verfahren auf Aufhebung einer Ehe wegen Minderjährigkeit. In lediglich 11 Fällen wurde die Ehe antragsgemäß aufgehoben." Es reicht für eine solche Eheschließung aus, vor einer

großen Anzahl an Zeugen das Eheversprechen zu geben und ins Haus des Mannes gebracht zu werden. Es braucht gar kein staatliches Siegel, berichten Organisationen zu der Problematik.

Zudem würden viele Bundesländer gar keine Statistiken zu der Problematik führen. Dass ein Mädchen minderjährig ist, komme so manchmal erst ans Licht, wenn zum Beispiel die Geburt des Kindes im Standesamt registriert wird.

Viele Minderjährigen-Ehen wurden dabei bereits im Ausland geschlossen und es darf auch davon ausgegangen werden, dass heimlich in Moscheen Kinder weiterhin verheiratet werden.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Kommunalwahlen in NRW

Die Kommunalwahlen in NRW waren für unsere Partei enttäuschend. So konnten die bisherigen Mandate nicht gehalten oder neue hinzugewonnen werden. In den kommenden Wochen werden die Ursachen für die Ergebnisse analysiert und beraten, um künftig besser bei Wahlen abzuschneiden.

Besonders in der Landeshauptstadt erhielt die Bezeichnung "Wahlkampf" eine neue Bedeutung. So wurden fast ein Drittel der rund 6.500 Plakate zerstört oder entwendet, obwohl diese in einer Höhe von 5 bis 7 Metern angebracht waren. Auch vor direkten Angriffen auf Informationsstände schreckten die Gegner nicht zurück. Erfreulich war hingegen der Achtungserfolg unseres Kreisvorsitzenden Edler, der in Porta Westfalica rund 4,2 Prozent der Stimmen auf seine Kandidatur als Bürgermeister vereinigen konnte.

65 Milliarden für Asylbewerber

Der Euro rollt, trotz der gebeutelten Wirtschaft. Die Bundesregierung stellt für die kommenden vier Jahre fast 65 Milliarden Euro zur Bewältigung der Folgen des Migrantenzustroms seit 2015 bereit. Allein für das Jahr 2021 plant das Finanzministerium mit Ausgaben von 20 Milliarden Euro, berichteten verschiedene Medien, unter Berufung eine veröffentlichte Auflistung des Ministeriums. Die Sozialleistungen für die Migranten fallen mit fast 23 Milliarden Euro besonders hoch aus. Weitere 8,2 Milliarden Euro will Finanzminister Scholz (SPD) für Integrationsmaßnahmen aufwenden.

Linksextremisten und ihr Eigentumsverständnis

Betroffen waren vor allem hochwertige Wagen, noch in den frühen Morgenstunden gingen die ersten Anzeigen bei der Gießener Polizei ein: Mindestens 70 Autos sind im Stadtgebiet der hessischen Metropole in der Nacht zum Dienstag mit einem roten „X“ besprüht worden.

Die Markierung wurde laut Polizei vermutlich mit Lack aufgebracht und ist nicht abwaschbar. Demnach handele es sich um eine Sachbeschädigung, die nun strafrechtlich verfolgt werde. Zu der Aktion bekannte sich eine linksextreme Vereinigung „solidarische autonome Kleingruppe“. Das Bekenntschreiben wurde auch auf der Plattform „Indymedia“ veröffentlicht. Darin verweisen die Aktivisten auf den Weiterbau der Autobahn A49 in Hessen und die geplante Räumung des Dannenröder Forstes. „Wir haben vorerst eine Menge großspurige Karren mit einem Streifen Farbe gekennzeichnet“, schreiben der oder die Verfasser. In dem Schreiben heißt es weiter, dass es sich bei den roten Markierungen um eine „Freigabemarkierung zum Abfackeln“ handele.

Schächten laut Rechtsgutachten zulässig

Das Schlachten ohne Betäubung gemäß jüdischen oder muslimischen Riten darf aus Sicht des zuständigen Rechtsgutachters in der Europäischen Union nicht verboten werden. Das widerspräche der in der europäischen Grundrechtecharta verankerten Religionsfreiheit, argumentierte Generalanwalt

Gerard Hogan in seinen zu einem Verfahren am Europäischen Gerichtshof. Das Urteil wird in einigen Wochen erwartet. Es geht um einen politisch brisanten Rechtsstreit aus Belgien. Dort hatte die Region Flandern die Schlachtung ohne Betäubung 2017 aus Tierschutzgründen verboten, was aus unserer Sicht auch völlig legitim ist. Jüdische und muslimische Verbände klagten dagegen und sehen ihre Religionsfreiheit in Gefahr, wenn diese Form des Schächtens verboten würde.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mv@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.